

Verhandlungen des deutschen Bundestages über den Werner Plan (Bonn, 6. November 1970)

Legende: Am 6. November 1970, in einer Debatte im deutschen Bundestag, betont Karl Schiller, Bundesminister für Wirtschaft, die enge Verknüpfung von Wirtschaftsunion und politischer Union und unterstreicht die Bedeutung des Werner-Plans.

Quelle: Verhandlungen des deutschen Bundestages. 6. Wahlperiode. 77. Sitzung vom 6. November 1970. Stenographische Berichte. Hrsg. Deutscher Bundestag und Bundesrat. 1970/1971, Nr. 74. Bonn.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/verhandlungen_des_deutschen_bundestages_uber_den_werner_plan_bonn_6_november_1970-de-4c332290-0e87-44ff-a8be-22b22800ed9e.html

Publication date: 22/10/2012

Verhandlungen des deutschen Bundestages (Bonn, 6. November 1970)

[...]

Dr. Schiller, Bundesminister für Wirtschaft: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier in der Debatte wurde – insbesondere von Herrn Kollegen Barzel – auf die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsunion und politischer Union Bezug genommen. Meine Damen und Herren, ich möchte mit einigen wenigen Worten beweisen, daß der Bericht der Werner-Gruppe zur Wirtschafts- und Währungsunion in viel größerem Umfang bereits starke Elemente der politischen Einigung enthält, als hier angenommen wurde.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Dieser Stufenplan zeigt an einigen konkreten Stellen, wie Wirtschaftsunion und politische Union miteinander verschränkt sind. Das sollte man berücksichtigen, wenn man hier – besonders Herr Barzel hat das getan – von einem gesonderten Plan oder Stufenplan zur politischen Union spricht. Wenn man das andere nicht sieht, käme man, Herr Barzel, sehr leicht zu einer Planung im luftleeren Raum.

(Abg. Dr. Barzel: Sie können doch nicht unterschlagen, daß in dem Bericht selbst die Notwendigkeit verstärkter Zusammenarbeit unterstrichen wird!)

- Ich komme gleich auf diese Punkte zu sprechen, um Ihnen aufzuzeigen, was in dem Bericht schon gesagt ist.

Herr Barzel, Sie haben gesagt: Mehr Taten als Worte! Der Werner-Bericht ist eine Tat, an der diese Regierung beteiligt ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wir sollten miteinander alles tun, um zu erreichen, daß diese Tat ab 1. Januar 1971 ihre weiteren Früchte trägt.

Die Gedankenführung dieses Stufenplans zur Wirtschafts- und Währungsunion ist sehr logisch. Sie läßt sich wie folgt formulieren: die Währungsunion allein, d. h. für sich und abstrakt, würde bei divergierender Politik in der Gemeinschaft und in den einzelnen Mitgliedstaaten gesprengt werden. Also gehört zur Währungsunion das solide Fundament einer wirtschafts-, finanz- und geldpolitischen Harmonisierung. Zu dieser wirtschaftspolitischen Harmonisierung gehört die in den Bericht eingebaute Bereitschaft zu Fortschritten zur politischen Zusammenarbeit und zum Ausbau der Institutionen mit parlamentarischer Kontrolle.

Ich glaube, am wichtigsten ist in dieser Beziehung die sehr genau skizzierte mittlere Phase oder die Reihe der mittleren Stufen. Das ist jene Phase, die ich in den Verhandlungen als die Stufe der Transformation beschrieben habe, in der Befugnisse auf Gemeinschaftsorgane, die ihrerseits ausgebaut werden, übertragen werden. Da wird vom Übergang zu verbindlichen Richtlinien und Entscheidungen in der gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik und vom Ausbau der Institutionen gesprochen.

Was die parlamentarische Verantwortung betrifft, so ist der Bericht sehr deutlich; und wir, die Vertreter der Bundesrepublik, haben in dieser Gruppe Wert darauf gelegt, daß folgendes in diesen Bericht eingebaut wird und gerade über diese mittlere Stufe und den Übergang zur Endstufe zwingend ausgesagt wird:

Mit dem Übergang von Befugnissen, die bisher von nationalen Instanzen ausgeübt wurden, auf die Gemeinschaftsebene wird gleichzeitig auch eine entsprechende parlamentarische Verantwortung von der nationalen Ebene auf die Gemeinschaftsebene übertragen werden müssen. Das wirtschaftspolitische Entscheidungsgremium muß einem Europäischen Parlament gegenüber politisch verantwortlich sein. Dieses

Parlament wird nicht nur hinsichtlich des Umfangs seiner Befugnisse, sondern auch hinsichtlich des Wahlmodus seiner Mitglieder einen der Erweiterung der Gemeinschaftsaufgaben entsprechenden Status erhalten müssen.

Das ist ein Kernsatz aus dem Werner-Bericht. Ohne diesen Kernsatz funktioniert der Stufenplan nicht. Da ist das schon enthalten, meine Damen und Herren.

Ein Weiteres. Der Bericht der Werner-Gruppe sagt: Erstens: Parallelität zwischen den monetären und den wirtschaftspolitischen Fortschritten, aber zweitens Parallelität zwischen dem schrittweisen Verzicht auf nationale Autonomie und dem gleichzeitigen Aufbau gemeinschaftlicher Befugnisse,

(Abg. Dr. Apel: Das ist nämlich das Entscheidende! Darauf kommt es an!)

drittens – alles schon dort festgehalten – Parallelität zwischen dem Aufbau gemeinschaftlicher Entscheidungsorgane und dem Ausbau der parlamentarischen Kontrolle auf Gemeinschaftsebene. Das ist alles dort eingebaut. Und viertens – das ist in diesem Zusammenhang für uns außerordentlich wichtig gewesen, und die Formulierung des von mir gleich zu zitierenden Satzes bringt ganz deutlich die deutsche Handschrift zum Ausdruck – heißt es dort:

Diese Übertragung von Befugnissen ist ein Vorgang von grundlegender politischer Bedeutung, der eine progressive Entwicklung der politischen Zusammenarbeit voraussetzt. Die Wirtschafts- und Währungsunion erscheint somit

- das ist, glaube ich, ein guter Vergleich im Bericht der Werner-Gruppe –

als ein Ferment für die Entwicklung der politischen Union, ohne die sie auf die Dauer nicht bestehen kann.

Entwicklung zur Wirtschafts- und Währungsunion als ein Ferment zur politischen Union, das ist das Entscheidende, meine Damen und Herren. Hier wird in diesem Bericht gesagt, daß die Entwicklung zur Wirtschafts- und Währungsunion und die zur politischen Union in immanenter Wechselwirkung zueinander stehen.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Bundesminister, Sie gestatten die Zwischenfrage des Abgeordneten Blumenfeld?

Blumenfeld (CDU/CSU): Herr Bundesminister, darf ich also aus Ihren Worten schließen, die Sie im Zitat vorgetragen haben, daß die Bundesregierung und Sie selbst als verantwortlicher Minister darauf dringen werden, daß dieses Papier der Werner-Gruppe nicht verwässert wird, weder durch Bestrebungen der Kommission noch durch irgendeine der anderen Regierungen?

Dr. Schiller, Bundesminister für Wirtschaft: Ich kann auf diese Frage des Herrn Kollegen Blumenfeld mit einem klaren Ja antworten.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Bundesminister gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten von und zu Guttenberg?

Freiherr von und zu Guttenberg (CDU/CSU): Herr Bundesminister, nachdem Sie sagen, daß zwischen dem Werner-Plan und dem Fortschritt zur politischen Union eine Wechselwirkung bestehe – eine Sache, die

auch wir bejahen –, möchte ich die Frage an Sie richten, ob es dann nicht logisch wäre, die Anregung des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU aufzugreifen, auch für die politische Union an die Erarbeitung eines solchen Stufenplans heranzugehen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Dr. Schiller, Bundesminister für Wirtschaft: Herr von Guttenberg, ich darf dazu folgendes sagen. Ich habe versucht, nachzuweisen, daß der Stufenplan zur Wirtschafts- und Währungsunion hin schon Elemente der politischen Union enthält. Das halte ich für den richtigen und realistischen Weg. Ich bin der Meinung, die politische Union wird nicht geschaffen durch einen davon separierten Plan oder Stufenplan, die politische Union wird nicht geschaffen in der Retorte. Das halte ich für keinen richtigen Weg. Nach meiner Ansicht kann – und das ist das Konzept, das hier niedergelegt ist – die politische Union nur wachsen auf dem Mutterboden der Wirtschaftsgemeinschaft, nur wachsen – Herr Moersch hat das vorhin schon angedeutet – auf der zunehmenden Konvergenz der materiellen Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten. Das ist ein ganz wichtiges Ferment für die politische Union.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Wagner?

Dr. Wagner (Trier) (CDU/CSU): Herr Bundesminister, glauben Sie nicht, daß diese Erwartung oder Hoffnung, aus dem Mutterboden der immer engeren wirtschaftlichen Einigung werde die politische Einigung erwachsen, eigentlich durch die Erfahrungen der Vergangenheit nicht bestätigt wird? Sind Sie nicht der Auffassung, daß zwar die wirtschaftliche Einigung die Voraussetzungen für die politische Union verbessert, daß aber zur Herbeiführung der politischen Union eigene politische Willensakte ergehen und eigene politische Entscheidungen getroffen werden müssen, die dann sehr wohl die Form eines Stufenplans, wie heute von Herrn Dr. Barzel skizziert, annehmen?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Dr. Schiller, Bundesminister für Wirtschaft: Sie hätten recht, wenn diese Wirtschafts- und Währungsunion, Herr Kollege, eine Sache wäre, die im ökonomischen Bereich automatisch ablief. Davon kann aber keine Rede sein. Dieser Plan ist so aufgebaut, daß von Stufe zu Stufe neu entschieden wird, und zwar politisch entschieden wird, über die Erfahrungen und über das – das ist alles in dem Bericht gesagt –, was an politischen Voraussetzungen installiert werden muß oder schon installiert worden ist, z. B. Ausbau der parlamentarischen Kontrolle, Übertragung politischer Befugnisse von nationalen Instanzen auf gemeinschaftliche Instanzen. Das wird für den Übergang von Stufe zu Stufe, besonders bei dem wichtigen Übergang von der ersten Stufe in die zweite, klar als *Conditio* gesagt. Diesmal kann es nicht passieren – so ist der Plan angelegt –, daß es ein rein ökonomisches Fortschreiten gibt und daß daneben die Politik auf der Strecke bleibt. Diesmal ist das so eng verknüpft, konditionell verknüpft an den entscheidenden Stellen, daß die Politik mitkommt. Das ist der Unterschied zum Bisherigen.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Bundesminister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten von und zu Guttenberg?

Freiherr von und zu Guttenberg (CDU/CSU): Herr Bundesminister, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß unsere Frage sich nicht etwa darauf bezieht, daß der Werner-Plan keine politischen Entwicklungen und Konsequenzen in sich schlösse

(Bundesminister Dr. Schiller: Schon besser!)

– wir wissen so gut wie Sie, daß hier nicht Wirtschaft und Ökonomie, sondern politische Bedingungen für die Wirtschaft integriert werden sollen –

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Kollege, das Fragezeichen muß aber bald hörbar sein.

Freiherr von und zu Guttenberg (CDU/CSU): – und würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß unsere Frage lautet, ob nicht dem Werner-Plan, der europäische Innenpolitik zum Inhalt hat, ein Stufenplan zur stufenweisen Erreichung gemeinsamer europäischer Außenpolitik zugestellt werden sollte?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Dr. Schiller, Bundesminister für Wirtschaft: Lieber Herr von Guttenberg, dieser Plan der Arbeitsgruppe, die unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Werner den Bericht vorgelegt hat, ist nicht ein Plan der europäischen Innenpolitik allein, sondern er wendet sich auch an die Außenwelt. Er sagt implizite sehr viel aus – bei Währungspolitik versteht sich das von selbst – über die ökonomischen Beziehungen dieser unierten Gemeinschaft nach außen.

(Zuruf des Abg. Freiherr von und zu Guttenberg.)

- Nun komme ich Ihnen schon näher, indem ich sage: nachdem die Außenminister jetzt mit den Konsultationsbeschlüssen die ersten Schritte getan haben, was hindert sie in ihrer gemeinsamen Beratung daran, an einem bestimmten Punkte, wenn wir auf den Gebieten der Wirtschafts- und Währungsunion weitergekommen sind, auch ihrerseits entsprechende außenpolitische Elemente dazuzutun? Wogegen ich mich sträube ist, daß Sie hier den gesonderten Automatismus eines Stufenplans zur politischen Union hin konstruieren wollen. Ich bin der Meinung, dieser Werner-Bericht zeigt den besseren Weg. Eine politische Union, die nicht aus der materiellen Union der ökonomischen Interessen wächst, würde als zartes Pflänzchen verdorren. Ein Plan zur politischen Union, der nicht jeweils auf Fortschritten basiert – sinnvoll könnte nämlich dieser Plan immer erst bei jeder Stufe für die nächste entwickelt werden –, ein solcher gesonderter Stufenplan für die Politik als solche, lieber Herr von Guttenberg, würde nach meiner Ansicht Papier bleiben, weil er nicht, so wie es hier geschehen ist, eng verknüpft wäre mit dem Zusammenwachsen der ökonomischen, finanziellen und monetären Interessen der Gemeinschaft. Das scheint mir der realistische Weg zu sein, der Weg, den man früher auch versucht hat zu gehen, der diesmal jedoch sehr viel enger und deutlicher verknüpft ist mit pragmatischen, von Stufe zu Stufe notwendigen Schritten hin zur politischen Union. Daneben brauchen Sie nicht noch eine Blaupause für einen Stufenplan in der Außenpolitik.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Apel?

Dr. Apel (SPD): Herr Bundesminister, sind Sie bereit, Herrn von Guttenberg auch darauf aufmerksam zu machen, daß ein Stufenplan ja vorhanden ist, indem das, was an politischer Zusammenarbeit beschlossen worden ist, nach zwei Jahren revidiert wird und insofern jetzt eine erste Stufe da ist, der eine zweite Stufe folgen wird, die dann vieles von dem mit einbeziehen kann, was Sie, Herr Bundesminister, soeben erwähnt haben?

Dr. Schiller, Bundesminister für Wirtschaft: Ich mache Herrn von Guttenberg gern darauf aufmerksam. Im übrigen sage ich noch einmal: dieser Approach – um es einmal so zu sagen –, dieser Versuch der neuen Verknüpfung von ökonomischer und währungsmäßiger Union mit politischen Schritten ist auch insofern gut, als er dem jeweiligen Mitgliedsland die Möglichkeit gibt, bestimmte eigene ökonomische Bedingungen als erfüllt oder als nicht erfüllt anzusehen und damit auch politisch entsprechend zu agieren. Ich will Ihnen nur eines nennen, was wir immer wieder in die Waagschale werfen müssen: Wenn beim Übergang von der ersten zur zweiten Stufe das ökonomische Ziel der Stabilität, das wir wollen, nicht erreicht ist, können wir auch politisch in dieser Lage nicht viel tun. Wir müßten dann erst einmal sehen, daß auf dem Gebiet der Stabilität mehr geschieht. Dieses Verfahren dient der Wahrung unserer eigenen Interessen und dient besonders dem von uns angestrebten Ziel: Stabilität und Wachstum auch in der Gemeinschaft.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

[...]